



## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Wien, 24. März. Die heutige „Oesterreichische Correspondenz“ enthält einen energischen Artikel gegen die „Correspondance Italienne“, namentlich wegen einer in derselben erwähnten Märitistischen Proklamation. Sie führt unter Anderem die Worte Walewski's an, die derselbe so treffend gegen den belgischen Pressenfuss gesprochen habe, und sagt: Frankreich, ja ganz Europa müßte das Treiben der piemontesischen Presse mißbilligen.

Paris, 24. März, Nachm. 3 Uhr. Die 3pSt. eröffnete zu 70, 65, hob sich auf 70, 85 und schloß zu diesem Course bei geringem Geschäft in fester Haltung. Eisenbahn-Aktien waren gefragt. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 93 1/2 eingetroffen. Schluß-Course:

3pSt. Rente 70, 85. 4 1/2pSt. Rente 93. — Credit-Mobiliar-Aktien 1456. 3pSt. Spanier 39. 1pSt. Spanier 25 1/2. Silber - Anleihe —. Deferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 783. Lombard. Eisenbahn-Aktien 652. Franz-Joseph 521.

London, 24. März, Mittags 1 Uhr. Consols 93 1/2. —  
Wien, 24. März, Mittags 12 1/2 Uhr. Anfangs flau, bei Abgang der Depesche fester. Eisenbahn-Aktien gefragt.

Silber - Anleihe 92. 5pSt. Metalliques 84 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 74 1/2. Bank-Aktien 1020. Bank-Intr.-Scheine —. Nordbahn 230 1/2. 1854er Loose 110. National-Anleihe 85. Staats-Eisenbahn-Aktien 246 1/2. Credit-Aktien 265. London 10, 08. Hamburg 76 1/2. Paris 121. Gold 7. Silber 4 1/2. Elisenbahn 102 1/2. Lombard. Eisenbahn 122 1/2. Rheinbahn 102 1/2. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 24. März, Nachm. 2 Uhr. Fortwährende Geschäftsfülle; öfterreich. Fonds rückgängig. Schluß-Course:

Wiener Wechsel 115. 5pSt. Metalliques 80 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 70 1/2. 1854er Loose 104 1/2. Deferr. National-Anleihe 81 1/2. Deferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 282 1/2. Deferr. Bank-Anleihe 1169. Deferr. Credit-Aktien 188 1/2. Deferr. Elisenbahn 201 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 90 1/2.

Hamburg, 24. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Börse flau. — Schluß-Course:

Deferr. Loose —. Deferr. Credit-Aktien 142 1/2. Oesterreichische Eisenbahn-Aktien —. Vereinsbank 99 1/2. Norddeutsche Bank 96 1/2. Wien 78 1/2.

Hamburg, 24. März. (Getreidemarkt.) Weizen und Roggen flau und geschäftslos. Del loco 32 1/2, pro Frühj. 32 1/2, pro Herbst 30. Kaffee 1/2 höher. Umsatz 25,000 Sack, worunter 9000 Sack Santos schwimmend. Zint ohne Umsatz.

Liverpool, 23. März. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. Preise unverändert.

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

♂ Haus der Abgeordneten. 38. Sitzung am 24. März.

Beginn 10 1/2 Uhr. Präsident v. Arnim (Neustettin). Am Ministerische die Hrn. v. Bodelschwingh, v. Westphalen, einige Reg.-Kommissarien, v. Manteuffel I., v. d. Seydt, v. Manteuffel II., Graf Waldersee. Die Kommission für Verabreichung der Bundesollvorlage hat sich konstituiert und den Abg. v. Patow zum Vorsitzenden gewählt.

Auf der Tagesordnung steht die Diskussion des v. Patow'schen und des in der Kommission ihm entgegengestellten Kühn'schen Antrages. Ueber diesen ist bereits ausführliche Mittheilung gegeben. Der erste Redner ist Le-moniüs, welcher, wie aus der Reihenfolge zu vermuthen ist, gegen dieselben spricht. v. Patow folgt. Weder er noch seine Freunde trieben systematische Opposition, die wichtigsten finanziellen Gesetzentwürfe (Einkommen-, Maßschneuer-, Bank-Gesetz u. A.) seien nicht nur nicht, sondern durch die Unterstützung der Linken zu Stande gekommen. Auch jetzt verlasse man diesen Weg nicht. Die vorliegenden Gesetzentwürfe wolle man der ernstesten Prüfung unterwerfen, aber die Vorbedingungen derselben, der Beweis der Nothwendigkeit der neuen Steuern, der Tragfähigkeit im Volke und der Nachweis über die Verwendung dieser Steuern, fehlten. Sein Antrag wolle diesen Mängeln abhelfen. Man wende ihm mit Unrecht vor, daß er eine verschleierte Tagesordnung sei. Die Unrichtigkeit dieser Auffassung erhebe daraus, daß die Regierung durch dessen Annahme noch immer nicht gezwungen sei, von dem Verlangen einer Spezialberatung ihrer Vorlagen abzusehen. Man nenne den Antrag ferner ein Mißtrauensvotum. Aber er solle Mißtrauen ebenso wenig wie Vertrauen aussprechen. Eine Landesvertretung, die in Finanzfragen nach solchen Kategorien urtheile, sei das erbärmlichste Institut und könne getrost heimwandern. (Bravo.) — Die Regierung stelle das Bedürfnis einer verlängerten Beerdienzeit und erhöhter Beamtenbesoldungen auf. Ueber letzteren Punkt sei, nachdem mit vieler Mäßigung von allen Seiten in der vorangegangenen Debatte darüber gesprochen, jetzt nicht mehr einzugehen. Das Bedürfnis der Beamtenbesoldung werde auch von ihm nicht in Abrede gestellt, aber es frage sich, ob dies nicht ohne Hilfe neuer Steuern befriedigt werden könne. Die Regierung habe gestern erklärt, daß die Ueberschüsse und Mehreinnahmen nachzulassen angingen. Nun, er (Redner) habe seit Jahren gegen die auf kurze Fraktionsdurchschnitte gestützten Voranschläge als zu hoch sich erklärt, stets aber sei ihm von der Regierung lebhaft widersprochen worden; wo komme nun jetzt diese Nachgiebigkeit her? Er im Gegentheil hege jetzt bessere Hoffnungen als der Finanzminister, er glaube an kontinuierliche und recht ansehnliche Ueberschüsse in einzelnen Ressorts, z. B. der Salinenverwaltung, der Post und Telegraphie. Man stelle dem eine Nothwendigkeit von Mehrausgaben entgegen, aber diese könnten sicherlich sich um einige Jahre aufschieben lassen. — Sein Antrag wolle ferner eine größere Kugbarmachung des Staatsvermögens. Er wisse hier auf den bisherigen geringen Ertrag der Domänenwaldungen, der pro Morgen etwa 11 Sgr. ausmache; er verweise auf die Möglichkeit, durch günstige Verkäufe in diesem Ressort einen höheren Gewinn zu effectuieren. Er setze damit, das wisse er, in ein Wespennest, aber es handle sich hier um Summen von einer Höhe, gegen welche jenes Wespennest verschwinde müsse. (Der Redner fährt dies in Zahlen aus, deren Wiederholung das undeutliche Verständniß hindert.) Eine fernere Ersparniß sei durch Veräußerung der dem Staate gehörigen Hüttenwerke zu erzielen, deren Ertrag meist in großem Mißverhältnis zum Anlagekapital stehe. Es sei gewiß gerathen, derartige in Staats Händen nicht rentirende Etablissements allmählig der Privatindustrie anheimzugeben. Verwende man selbst die so erlangten Kaufgelder zur extraordinären Tilgung von Staatsschulden, so spare man doch auch auf diesem Wege so viel an Zinsen und Amortisationsbeiträgen, daß dadurch das Doppelte und Dreifache des bisherigen Reinertrages hergesteigt werde. — Es sei traurig, daß die Landesvertretung noch vielfach als eine feindselige Macht betrachtet werde, mit der man sich eben so gut als möglich abfinden müsse. Er wolle dem Ministerium keinen Vorwurf machen, es möge in der großen Jugend unseres Verfassungslebens überhaupt liegen; man könne diesen Uebelstand aber nicht verkennen, wenn man die Geschichte der Verfassungen betrachte, die auf Ersparniß gemacht worden seien. Der Finanzminister würde in seinen eigenen Bemühungen zu diesem Zwecke dadurch gehindert, denn seine Kollegen würden ihn stets darauf verweisen, daß Einwendungen gegen die von ihnen geforderten Etats und Beschrän-

kungen derselben nur Sache der Landesvertretung seien und bewillige diese denn im blinden Vertrauen die Forderungen, so sei allerdings jeder Versuch, den der Finanzminister zu Vereinfachungen machen wolle, von allen Seiten ohne Stütze. (Bravo!) — Zu der Bedürfnisfrage zurückkehrend, fährt der Redner fort: Nehme man auch an, das Haus erkenne das Bedürfnis der Beamtengehälterserhöhung an. Aber welche Garantie sei denn dann dafür da, daß die bewilligten Steuern dafür zuerst und vorzugsweise, oder auch nur überhaupt in der Weise, welche das Haus für die wirksamste halte, verwendet werden? Man sage, das könne durch eine Resolution des Hauses festgesetzt werden. Aber so lange das Haus kräftigere Mittel habe, seine Ansicht zur Geltung zu bringen, wäre es ein testimonium paupertatis, sich auf die Resolution zu beschränken. Es sei altes deutsches ständisches Recht, was er heute verlange. Niemals würden die alten deutschen Stände auf Grundlagen hin, wie die Regierung sie jetzt vorgelegt, Abgaben bewilligt haben. — Der Redner schließt mit der Erklärung, daß in Folge der mangelhaften Motivierung der Regierung ihm und seinen Freunden es unmöglich sein werde, für die Steuerentwürfe zu stimmen. (Bravo!)

Der Ministerpräsident: Er bedauere, wegen der Pflicht seiner Anwesenheit im andern Hause, nicht ausföhrlicher sein zu können; die Regierung sei so offen wie möglich bei Motivierung der Bedürfnisse zu Werke gegangen. Die Gehaltssteigerung beruhe auf einem Antrage des Hauses selbst. Der Vorredner wolle eine genaue Präcisierung, wer und wie viel ein Jeder erhalten solle. Er verlange kein Vertrauen der Landes-Vertretung in irgend einem Maße, das anschaubar sei; aber innerhalb des Kreises ihrer eignen Beamten müsse man der Regierung doch volles Vertrauen gewähren. Sollte die Regierung etwa, je nachdem ihr eine, zwei oder alle drei Steuern bewilligt werden sollten, auch je einen, zwei oder drei Etats aufstellen? Der Redner habe sich auf die ständischen Verhältnisse bezogen, es freue ihn, daß dies gerade von dieser Seite geschehen. Er erkenne sehr gern die Wichtigkeit dieser nationalen Institution an, aber er frage, würden denn jene Steuern, welche von denselben bewilligt werden, noch heute zu den Zwecken verwendet, die ihr Ziel ansetze? Der Redner habe ferner den Finanzminister gewissermaßen im Gegensatz zu seinen Kollegen dargestellt. Er müsse diese Auffassung ebenso zurückweisen wie die Bundesgenossenschaft von jenen, welche der Regierung zu dienen behaupteten, indem sie deren Gesetzentwürfe ablehnten. Er verhehe nicht, wie man einer Regierung noch dienen wolle und könne, die entweder so verblende sei, daß sie die bereit liegenden Millionen nicht sehe, oder so leichtsinnig daß sie dieselben nicht verwenden wolle, bevor sie an neue Steuern gehe. Er könne versichern, daß das Ministerium in dieser Frage ebenso einheitlich dasthe, wie es bisher schon immer bei der Budgetfeststellung unter gemeinsamen und gegenseitigen Opfern sich gestellt. Der Krieg sei vorüber, aber man trete jetzt in den fiedlichen Kampf der Nationen, in dem Preußen ebenfalls nicht zurückbleiben könne. Zu dieser Entwicklung seien die Summen bestimmt, die man jetzt verlange. Das Haus möge sie bewilligen, nicht im blinden Vertrauen, aber in demjenigen, welches die Uebereinstimmung in dem Glauben an die Nothwendigkeit dieser Entwicklung erwecke. (Bravo!)

Der Finanzminister geht in ausführlichem Zahlenvortrage auf den Beweis ein, daß die Berechnung der Ueberschüsse, welche der Antragsteller entwerfe, alle Einnahmeausfälle und Mehrausgaben außer Acht lasse, und würde selbst die Summe erreicht, die Hr. v. Patow veranschlage, so erreiche diese doch nicht die Höhe derjenigen, welche als nothwendig von den Regierungsvorlagen nachgewiesen werde. — Die Ersparnisse, welche in Vorschlag gebracht worden, seien nur bei den Einzellets zu diskutieren. Nachdem das Haus bei der Beratung des Budgets für 1857 keine solche in nennenswerthem Umfange zur Geltung gebracht, könne der Regierung doch nicht zugemuthet werden, daß sie gegen den Willen des Hauses dergleichen bewerkstellige. Am Dispositionsfonds Sr. Majestät des Königs zu rütteln, aus dem für Kirchen und Schulen so Vieles zu leisten sei, würde nach unten hin sehr bedenklich wirken, er wüßte eher eine Erhöhung desselben. Die Ersparnisse, die man für das landwirthschaftliche Ministerium angeregt, träfen ein ohnehin sehr spärlich dotirtes Ressort. Der Vorredner habe die Veräußerung von Forsten ins Auge gefaßt, indem er dabei das Mißverhältniß zwischen Brutto- und Netto-Ertrag hervorhebe. Aber er habe dabei übersehen, daß dieser Unterschied in einer ungeheuren Servitutlast bestehe, welche zugleich den Verkauf erschwere. Er habe ferner vergessen, aus seiner Berechnung das Land auszuscheiden, welches ohne Hoffnung auf irgend einen Ertrag, nur zu allgemeinen Meliorationszwecken erworben werde. — Man verlange ferner eine Garantie über die Verwendung. Die spezielle Verwendung könne aber erst nachgewiesen werden, wenn die Bewilligung erfolgt, die Veranlagung geschehen und die effektive Einnahme zum Etat gebracht und zu den betreffenden Ausgaben in Verhältniß gestellt worden sei. (Die Rede ist, da sich dieselbe fast ausschließlich an Hrn. v. Patow wendet, besonders unverständlich.)

Der Handelsminister. Man habe die gegen die künftigen Mehreinnahmen geäußerten Zweifel der Regierung als ein Mißtrauen derselben gegen ihre eigenen Etats angesehen. Das sei nicht richtig. Die Einnahmen der hier berührten Ressorts stiege allerdings noch fortwährend, aber die Ueberschüsse stiegen nicht in gleichem Maße. Dagegen sei kein Nachweis geführt worden. Man habe ferner auf Mehreinnahmen der Salinen hingewiesen. Die vermehrte Produktion werde aber ebenfalls bedeutende Mehrausgaben für vergrößerte Einrichtungen erfordern. — Die Erträge der Hüttenwerke habe man ebenfalls im Mißverhältniß gefunden zu ihren Ausgaben. Dafür habe man doch eine Art Begründung erwarten sollen, die freilich auch sehr schwer sein würde. Bei den Ausgaben seien auch die Meliorationen mit eingegriffen. Wenn man die Ansätze der letzten Jahre hierbei in Betracht ziehe, so ergebe sich, daß aus dem Verkauf kein Vortheil zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß der Erlös in den Staatskassen fließen würde. — Der Budgetbericht spreche übrigens es deutlich genug aus, daß die Regierung derartigen Verkäufen, sobald sie nur günstig sein könnten, durchaus nicht abgeneigt sei, aber der preussische Staat sei glücklicherweise nicht in der Lage, um jeden Preis veräußern zu müssen. Glaube also der Abg. v. Patow, in der That Mittel und Wege der Ersparniß nachgewiesen zu haben, so müsse er den Werth dieser Nachweise auf sich beruhen lassen.

Der Minister des Innern. Der Antrag v. Patow berühre auch Ersparnisse im Ministerium des Innern. Man habe die Fonds für die höhere Polizei wiederum angegriffen, wie das seit Jahren geschehe. Aber eben deshalb habe auch die Regierung wiederholt die Nothwendigkeit dieses Fonds geprüft und erwiesen gefunden. Möge Minister des Innern sein wer wolle, er würde eine Beschränkung dieses Fonds zu beklagen haben. — Man habe dann von Ersparnissen bei der Berliner Polizei gesprochen. Auch diese Frage sei wiederholt erörtert worden und habe stets die Wichtigkeit dieser Organisation für die Interessen des Landes und der Hauptstadt zur Evidenz gebracht. Auch mit dem gegenwärtigen Chef der Polizeiverwaltung habe eine ernste Verabredung zu dem entschiedenen Bedenken geführt, schon jetzt an eine Beschränkung dieser Organisation zu gehen. Der Zuwachs an den Geschäften, die dieser Behörde obliegen, lasse auch an jeder derartigen Hoffnung verzweifeln. Berlin zähle jetzt 453,000 Einwohner, im letzten Jahre seien 19,759 Fremde hier angekommen, 224,416 Personen von hier abgereist, 16,230 Pers. wegen Verchied. Bergehen von der Schutzmannschaft zur Haft gebracht worden. Was die gutsherrliche Polizei betreffe, so hoffe er allerdings auf Vereinfachung dieser Ausgabe, indes werde dies hohe Haus ihm erst die Möglichkeit derselben gewähren müssen. — Eine Verminderung der Gendarmerie-Offiziere sei, wie auch schon wiederholt hier zur Erörterung gekommen, nicht rätlich und thunlich. — Das Budget des Ministeriums des Innern sei in den letzten 7 Jahren nur um Etwas über eine Million gestiegen.

Das vertheile sich auf Mehrausgaben für den landrätlichen Dienstaufwand — eine große Anzahl von Abgeordneten werde die Nothwendigkeit dessen einsehen (Gelächter) — für die Gendarmerie, ferner für die Gefängnisse. Die Regierung habe hier das Möglichste gethan, ihr Vorschlag, die Minima gewisser Strafen herabzusetzen, sei sogar von dem Hause selbst zurückgewiesen worden — So viel erhele aus Alledem, daß die etwaigen Mehreinnahmen für die nächsten Jahre voll auf ihre Verwendung in den Mehrausgaben des Hofes finden werden. — Er habe schon vor Jahren ausgesprochen, daß die Einnahmen des Staates nicht mehr ausreichen für eine weise, geordnete, energische Verwaltung nach innen und außen, daß man deshalb an die Kraft der Nation appelliren müsse, d. h. daß man neue Steuern auferlegen müsse. Er begreife, daß diejenigen hiergegen sich sträuben, die prinzipiell gegen die Regierung ständen (Dho!) aber er verstehe nicht die Opposition Derer, welche der Regierung bisher in Feststellung des Etats zugestimmt.

Der Ministerpräsident (der unterdessen aus dem Herrenhause zurückgekehrt) erinnert an die Marine. Diese sei jetzt auf einem Punkte der Entwicklung angelangt, wo die bisherigen Mittel allein nicht mehr ausreichen. Man habe gezwungen an dem Berufe Preußens als Seemacht, er glaube aber fest, daß eine Entwicklung derselben soweit, daß sie den Seemächten zweiten Ranges die Spitze biete, sehr wohl möglich sei. Aber dazu bedürfe es in den nächsten Jahren bedeutend verstärkter Hilfsmittel. Stillstand sei Rückschritt, man müsse vorwärts schreiten, wenn auch in Spar-samkeit, aber ohne Geld gebe das nicht!

v. Mitschke-Collande erinnert an den civilisirten Einfluß des Militärdienstes, der für die unteren Kl. die Universität erschne. Die Noth der Beamten sei groß u. nicht zu leugnen. Er fürchte nicht die Corruption, deren Gefahren man hier in Aussicht gestellt, aber eben darum, um dieses festen Vertrauens zur Ehrenhaftigkeit der preussischen Beamten willen wünsche er Berücksichtigung ihrer gerechten Klagen. Der Redner geht aporistisch auf einzelne der Ersparnißvorschläge des v. Patow'schen Antrages ein, indem er sich gegen dieselben erklärt. Man habe der Budgetkommission vorgeworfen, daß sie überwiegend aus der Rechten gebildet sei, und daß sie zu leichtsinnig in der Beratung des Budgets verfare. Der Antrag von Patow beweiße aber, indem er von 120 Millionen des Budgets nur 40,000 Thaler zu beanstanden vermöge, mit welcher Sparsamkeit das Budget veranlagt sei. Auch er wüßte Ersparnisse und glaube an die Möglichkeit einiger derartigen, aber das müsse vom Ministerische ausgehen, wo allein die Unparteilichkeit sich finde, die dafür nothwendig sei. Jene Herren z. B. (zur Linken) wollten wenig und machtlose Polizei, er selbst wolle auch möglichst wenig Polizei, aber eine energische (Heiterkeit); er wolle nicht, daß die Schußmänner, bevor sie Einnahmen erst überlegen sollten, ob sie deswegen nicht etwa morgen vor Gericht erscheinen müßten. — 120 Millionen sei eine schöne Summe, aber in allen Staaten, konstitutionell oder nicht, seien die Ausgaben in Folge der Zeitumstände gestiegen und in höherem Grade als hier. Wenn selbst Rußland jetzt Eisenbahnen und Telegraphen baue, so dürfe Preußen nicht zurückbleiben. Aber nun bleibe die Frage, ob gerade diese Steuern zweckmäßig und nothwendig? Vorläufig erkläre er kurz, daß er alle andern bewilligen werde, die Gebäudesteuer aber nun und nimmermehr! (Gelächter, Bravo!)

Herrn v. Patow befragt einen von ihm und 31 Mitgliedern der kath. Fraktion gestellten Antrag, wonach, anstatt des v. Patow'schen Antrages, das Haus die Erwartung aussprechen soll, daß die k. Staatsregierung vor Allem durch geeignete Vorlagen das Haus der Abgeordneten in die Lage bringe, gleichzeitig auch die Verwendung der zu bewilligenden Geldmittel festzustellen. — Der Redner recapitulirt hierauf seine frühere Rede, soweit sie Gegenstand besonderer Angriffe geworden. Der Kriegsminister habe die neuzeitliche Ausrüstung des Abg. Rodden citirt. Aber es sei doch ein Unterschied, ein Wort des Herrschers im Allgemeinen zu dessen Preis anzuführen oder eine bestimmte Ansicht desselben über eine bestimmte Angelegenheit als Autorität vorzubringen. (Bravo!) — Von der gegenwärtigen Debatte hoffe er die besten Folgen für die künftigen Budgetberatungen, die äußerste Rechte Stimme der Linken bei, und habe doch Hr. v. Gerlach sogar die General-Druckkommission angefochten — so weit links wage er (Redner) nicht zu gehen! (Gelächter.) — Gegen die prinzipielle Opposition, von der der Minister gesprochen, habe er das Haus in Schutz zu nehmen. — Für die Ersparnißfrage selbst wisse er allerdings nur sehr Vereinzelt anzuführen, so z. B. die Möglichkeit, größeren Gewinn aus den Monopolen zu ziehen, die der Staat bei Konzeffionen, z. B. für Apotheken, verleihe, da doch andere Konzeffionen, z. B. für Eisenbahnen, dem Staate besondere Einnahmequellen böten. — Bei dem Etat des Ministeriums des Innern erhebt der Redner Bedenken gegen das Anwachsen der Polizeimacht. Hierzetausend polizeiliche Urtheile seien im letzten Jahre gefällt worden, das spreche weniger für die gerechte als vielmehr für die unnöthige Handhabung der Polizei, für eine unnütze Detaillierung und Bervielfältigung der Konzeffentions-Vorschriften. Dergleichen Uebelstände hätten ein genaueres Verhältniß zur Steuerfähigkeit des Volkes, als die im Budget conficitirten Zahlen. — Eine Klarheit in die Bedürfnisfrage selbst könne nur kommen, wenn man über die Verwendung Sicherheit habe, und dies bezwecke sein Antrag, der insofern selber im Interesse der Regierung liege.

Ein Schlußantrag wird eingebracht. Von Seiten des Hr. Schwerin, der Abg. v. Jagow (Kreuznach), v. Patow, Kühn wird hervorgehoben, daß die Amendements zu dem Antrage v. Patow in der Debatte noch fast gar nicht erörtert worden seien, und vorgeschlagen, diese Diskussion bei Beratung der Salzsteuer noch nachzuholen. Der Schluß wird hierauf abgelehnt. Die Sitzung schließt um 3 Uhr, die nächste wird Donnerstag 10 Uhr stattfinden.

Matthias regt das Schicksal seines Antrages, betr. die Preisverhältnisse, an. Nachdem derselbe voriges Jahr gar nicht zur Beratung der Kommission gekommen, drohe er dies Jahr an alzu grünllicher Beratung der Kommission zu Grunde zu gehn. Da er indes vernommen, daß nun doch in den nächsten Tagen Bericht erstattet werden soll, so stelle er an den Präsidenten die Frage, ob in dem Falle der Antrag noch vor Oftern auf die Tagesordnung kommen werde? Der Präsident sagt möglichst Berücksichtigung zu und fügt in Privatmittheilung an die Mitglieder des Hauses hinzu, daß morgen (Mittwoch) 1 Uhr ein Exercitium der Feuerwehr Breitestr. 15 stattfinden. Wir Luft habe, das anzusehen, möge sich einfinden.

♂ Herrenhaus. 18. Sitzung am 24. März.

Am Ministerische: v. Manteuffel I., v. d. Seydt und ein Regie-rungskommissarius.

Präs. Prinz zu Sohenlohe eröffnet die Sitzung 12 1/2 Uhr und theilt, nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten des Hauses das Wort dem Minister-Präsidenten, welcher in gleicher Weise, wie gestern dem Hause der Abgeordneten, so heut dem Herrenhause den Vortrag, wegen Aufhebung des Bundeszolles überreicht, und vorschlägt, denselben der Finanzkommission des Hauses zu überweisen, welchem Vorschlage das Haus sich anschließt.

Handels-Minister: In Folge einer allerhöchsten Ermächtigung vom gestrigen Datum zieht die Staats-Regierung den Gesetzentwurf, die Verg-Eigenenthums-Berleihung betreffend, zurück.

Da die Spezial-Debatte über jenen Entwurf den ersten Gegenstand der heutigen Tages-Ordnung bildet, so fällt derselbe mit jener Erklärung weg, und wird darauf zum folgenden Gegenstande geschritten, nämlich zum Bericht der Finanz-Kommission über den siebenten Jahres-Bericht der Staats-schulden-Kommission, betr. die Verwaltung des Staatsschuldenwesens.

In diesem Bericht wird zunächst von der Kommission, und in Ueberein-stimmung mit einem ähnlichen Antrage vom 14. März v. J., einstimmig



beantragt: das Herrenhaus wolle beschließen, wiederholt die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung den beiden Häusern des Landtages eine Vorlage über die Verwendung der durch Prälukation gewonnenen 308,910 Thaler Kassenanweisungen und 85,626 Thaler Darlehns-Kassenscheine zu gehen lassen werde.

Betreffs der Tilgung der freiwilligen Anleihe, wie überhaupt fast aller Staatsschulden durch Ankauf und Verlosung der einlösenden Dokumente seien durch das Gesetz vom 19. Mai 1851 Inkonsequenzen herbeigeführt, von denen sich die Kommission, in Uebereinstimmung mit dem von dem Vertreter der Hauptverwaltung der Staatsschulden abgegebenen Erklärung, überzeugt habe, und empfiehlt daher die Kommission dem Hause, zu beschließen: der Staatsregierung eine Erweiterung der Befugnisse der Hauptverwaltung der Staatsschulden auf dem Wege der Gesetzgebung anheimzufallen.

Schließlich beantragt die Kommission bei dem Hause, zu beschließen: der königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden über die sämtlichen vorgelegten Rechnungen Decharge zu erteilen.

Regierungs-Kommissarius. Durch die Herausgabe von 30,842,347 Rthln. neuer Kassen-Anweisungen seien 394,536 Rthln. neuer Kassen-Anweisungen disponibel geworden und diese, als ein zufälliger Gewinn nach der Kabinets-Ordnung vom 17. Januar 1850 an den Staatschatz abgeführt worden. Die Staatsregierungen habe an dieser Ansicht festgehalten, der auch das Haus der Abgeordneten beigetreten sei, und könne daher dem Herrenhause nur anheimstellen, den Gegenstand auf sich beruhen zu lassen.

Herr v. Zander kann von der Ueberzeugung sich nicht trennen, daß nach dem Gesetz vom 19. Mai 1851 die durch Kreierung neuer unverzinslicher Schulden gewonnenen 394,536 Rthln. dem Tilgungs-Fonds gebühren, und empfiehlt daher den ersten Antrag der Kommission der Annahme des Hauses.

Minister-Präsident erklärt, daß, so lange die gegenwärtige Landes-Vertretung bestehe, es nicht vorgelommen sei, daß dieselbe wegen Summen, die dem Staatschatz ausfließen, beeheligt worden sei. Bei seinem Amtsantritt habe er den Staatschatz leer gefunden; ihn für vorkommende Fälle wieder verwendbar zu machen, sei das Bestreben der Regierung, und daß er dem Lande, ohne Zinsen, dennoch Gewinn bringen könne, beweise in neuester Zeit die neuburger Angelegenheit, in deren höchster Krise der Staat sich dienstbar erwies. Sollte aber ein Zweifel über das Verfahren der Staats-Regierung obwalten, so sei das Haus zu erforschen, ihn im Interesse des Staatschatzes entscheiden zu wollen.

Graf v. Spenpitz glaubt, daß eine Regierungsvorlage, betreffend den Gewinn aus den präkludierten Kassen-Anweisungen, jedenfalls vor ihrer Bestimmung notwendig war, und glaubt ebenso, daß, wenn diese Vorlage auf die Einzahlung jenes Gewinnes in den Staatschatz gelaufen hätte, die Landes-Vertretung auch ganz wahrscheinlich darauf eingegangen wäre.

Minister-Präsident. Nach dem Gesetze vom 17. Januar 1850 fielen dem Staatschatz zufällige Gewinne im Staatshaushalt zu, und als solche habe die Staatsregierung die Summe der übrigen präkludierten Wertpapiere betrachtet und in diesem Sinne gehandelt. Was die begehrt Vorlage betreffe, müsse doch bemerkt werden, daß, wenn ein Faktor der Gesetzgebung derselben nicht zugestimmt hätte, die erwähnte Summe dem Staatschatz entzogen worden wäre.

Nachdem hierauf der Berichterstatter, Hr. v. Buddenbrock, die Diskussion über den ersten Antrag der Kommission resumiert und der Minister-Präsident noch bemerkt, daß für unverzinsliche Schulden kein Tilgungs-Fond bestehe, wird in der folgenden Abstimmung der erste Kommissionsantrag angenommen, dem dann, ohne jede Diskussion auch die Annahme der andern Anträge folgt.

Der Präsident läßt noch ein Schreiben des Grafen Spenpitz verlesen, durch welches dieser seinen, die landlichen Kredit-Institute betreffenden Antrag zurückzieht, worauf die Sitzung um 1 Uhr geschlossen und die nächste auf den 26. März anberaumt wird.

**Berlin, 24. März.** [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Landrath des Kreises Delz, Geheimen Regierungsrath von Prittvis auf Schmoltzsch, den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, der Historien-Maler Hippolyt Glandrin zu Paris den rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem kaiserlich österreichischen Hauptmann Beck im General-Quartiermeister-Stabe, und dem großherzoglich badenschen Direktor des neuen Männerzuchthaus zu Bruchsal, Dr. F. Ueßlin, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den seitherigen Erzpriester, Kreis-schulen-Inspektor und Pfarrer Thiel zu Breslau, zum Domherrn bei der Kathedrale dafelbst; und den Seminarlehrer Zacharias zum Direktor des evangelischen Schullehrer-Seminars in Karalene zu ernennen. — Der bisherige Privatdozent Dr. G. Rosenhain ist zum außerordentlichen Professor der Mathematik in der philosophischen Fakultät der königlichen Universität zu Königsberg ernannt worden. — Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Stabs- und Bataillons-Arzt a. D. Saleri, zuletzt beim 6ten Jäger-Bataillon, die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Verdienst-Kreuzes des herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens zu erteilen.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 3ten Klasse 11ster königlicher Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 33,825. 1 Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 20,314. 2 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf Nr. 55,413 und 88,258. 2 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 30,809 und 60,310, und 6 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 1807. 6328. 33,172. 41,977. 58,538 und 88,505.

**Berlin, 24. März.** Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm gedenkt morgen früh auf seiner Rückreise von Koblenz nach Breslau hier einzutreffen und wird, dem Vernehmen nach, morgen Abend die Weiterreise nach Breslau antreten.

**Magdeburg, 21. März.** Der „R. Z.“ wird unter vorstehendem Datum gemeldet: Heute Morgen wurde dem Herrn v. Rochow, durch dessen Hand bekanntlich am 10. März v. J. in dem unglücklichen Zweikampfe Herr Polizeipräsident v. Hinkeldey fiel, die Mittheilung gemacht, daß Se. Majestät der König geruht habe, ihm den Rest seiner Festungshaft in Gnaden zu erlassen. Herr von Rochow hat sich etwa neun Monate als Gefangener auf hiesiger Citadelle befunden. (Die „Magd. Z.“ fügt hinzu, daß sich die Wittve des Herrn von Hinkeldey allerhöchsten Orts für die Begnadigung verwendet habe.)

### Frankreich.

**Paris, 22. März.** Wie ich aus guter Quelle erfahre, ist die Fusion ganz aufgegeben. Die Sache ist nun offenfundig. Die Prinzen von Orleans haben erklärt, alle Beziehungen zum Grafen von Chambord aufgeben zu wollen. — Der neapolitanische Abgeordnete, welcher hierher kommt und sich mit dem französischen Kreuz, heißt Pianelli. Derselbe ist bereits durch Rom gekommen. Seine Mission wird bloß eine offiziöse sein, wie sich das unter den gegenwärtigen Verhältnissen von selbst versteht. Der König von Neapel hat eine neue Organisation der neapolitanischen Gefängnisse angeordnet. — Das Haus, welches Napoleon I. auf St. Helena bewohnte, und das Grab, welches lange Zeit seine sterblichen Ueberreste bewahrte, sind durch Vermittelung des Grafen de Persigny von Frankreich erstanden worden. Das Haus, das der erste Kaiser bewohnte, war in eine Meierei umgewandelt worden. Man wird demselben eine seines früheren Bewohners würdige Umgestaltung geben. — Die „Patrie“ veröffentlicht heute ein weiteres Dokument, um zu beweisen, daß der Prinz Eugen v. Beauharnais von dem Marschall Marmont auf gefällige Weise verurtheilt worden ist. Es ist dieses ein Brief, den der Prinz Eugen i. J. 1814 an den Kaiser von Rußland richtete. Derselbe lautet: „Sire! Ich habe die Befehle Ew. Majestät empfangen; sie erschienen mir ohne Zweifel sehr vortheilhaft, aber sie werden meinen Entschluß nicht ändern. Ich muß Unglück gehabt haben, als ich die Ehre hatte, Sie zu sehen, denn Sie haben den Gedanken bewahrt, daß ich zu irgend einem Preise gegen meine Ehre handeln könnte. Weder die Aussicht auf das Herzogthum Genua, noch die auf das königliche Italien werden mich einen Verrath begehren lassen. Ich ziehe es vor, wieder Soldat, als ein entehrter Souverain zu werden; der Kaiser, sagen Sie, hat unredlich gegen mich gehandelt; ich habe es vergessen und erinnere mich nur seiner Wohlthaten. Ich

schulde ihm Alles: meinen Rang, meinen Titel, mein Vermögen, und das, was ich Allem vorziehe, und was Sie die Nachsicht haben, meinen Ruhm zu nennen. Ich werde ihm dienen, so lange er leben wird; meine Person gehört ihm, wie auch mein Herz, Möge mein Degen in meiner Hand brechen, wenn er jemals dem Kaiser und Frankreich untreu wird. Ich schmeichle mir, daß meine Weigerung mit der Achtung Ew. Kais. Majestät sichern wird.“

Das Haupt-Ereigniß der abgelaufenen Finanzwoche ist die gestern erfolgte Unterbreitung des Budgets von 1858 beim gesetzgebenden Körper. Bestimmte Einzelheiten über dasselbe sind noch nicht ins Publikum gelangt, doch hören wir an guter Stelle, daß man sich in den Schranken des vorjährigen Budgets, d. h. bei 1700 Millionen Franks gehalten und dabei doch einen Ueberschuß von 25 Mill. Frks. erzielt hat. Das Herausstellen eines Ueberschusses im Budget-Voranschlag gehört bekanntlich zu den Lieblings-Ideen des gegenwärtigen Regimes und ist seit 1852 in keinem Jahre unterblieben. Das Verfahren ist gewiß nur lobenswerth, da die Anzeige eines solchen projektirten Ueberschusses immerhin einen guten Eindruck macht, dabei aber die Regierung nicht im Entferntesten verhindert, in den Ausgaben den Budget-Voranschlag nach Belieben zu überschreiten. Der definitive Rechnungs-Abschluß wird immer erst einige Jahre hinterher veröffentlicht und von Niemandem gelesen; ein indistinkter Vergleich zwischen Versprechen und Halten ist also nicht zu befürchten. Nach den arithmetischen Erfahrungen der letzten Jahre zu urtheilen, dürfte das nächste Budget, da ein Ueberschuß von 25 Millionen projektirt ist, etwa mit einem Deficit von 100—120 Millionen Fr. schließen, und derart die schwebende Schuld, welche sich, Dank den Budget-Ueberschüssen, rasch auf 850 Millionen emporgeschwungen, bald auf eine Milliarde bringen. Jedenfalls wird die neue Börsensteuer sie schwerlich bedeutend vermindern. Man fängt an, in der Schätzung des wahrscheinlichen Ertrages dieser Steuer von den anfänglichen 21 auf 12—15 Millionen hinabzugehen und meint, daß ein solcher Ertrag kaum des vielen Lärms werth gewesen, den man um die Sache gemacht, und daß selbst für den Staatschatz der indirekte Verlust durch Hemmung des realen Unternehmungsgeistes größer als der direkte Gewinn sein dürfte. Auch die Spekulation scheint die Sache weniger rosenfarben anzusehen, als dies im ersten Augenblicke gesehen war. Die Börse hat sich die ganze Woche hindurch wieder in jener Stagnation erhalten, die wir im vorigen Herbst an ihr so gewohnt waren. Rente und Industrie-Papiere haben kaum Schwankungen von einigen Centimes und resp. Francs erfahren und schlossen gestern mit äußerst geringen Abweichungen, wie vorigen Sonnabend: Rente 70 90, Bank-Aktien 4175, Kredit Mobilier 1445, Orleans 1480, Nord 985, Ost 862. 50, Paris-Lyon 1530, Gr. Central 615, Deffeirer 790 u. s. w. Nur der Mobilien-Kredit hat zu etwas lebhafteren, wenn nicht geschäftigen, doch Skandalen und Diskussionen Anlaß gegeben, da er seit Monaten die verschiedenartigsten Gerüchte über seine vorjährige Dividende in Umlauf setzen läßt und doch die seit dem 31. Dezember 1856 festgestellte Ziffer der Dividende, was allen Gerüchten ein Ende machte, nicht kund geben will. Der Agiotage ist natürlich gerade diese Ungewißheit ungemien förderlich. (R. Z.)

**Berlin, 24. März.** Die Geschäftskräfte, die an der gestrigen Börse herrschte, schienen heute in eine vollständige Flaue übergegangen zu sein, wenn nicht einzelne Devisen eine beachtenswerthe Ausnahme gemacht hätten. Doch ist fast kein Papier zu nennen, das bei steigender Coursbewegung einen namhaften Umlauf erfahren hätte.

Von Bankpapieren verkehrten am lebhaftesten darmstädter Berechtigungs-scheine. Man bezahlte für dieselben gleich zu Anfang 121/2 und bewilligte später noch 1/2 mehr. In darmstädter Bankaktien, sowohl in abgekempten als in den die Berechtigung für die neue Emission einschließenden, war der Umlauf gleichfalls nicht unbedeutend, da die Contremine jetzt den Preis hinreichend gedrückt glaubt, um sich für den nahen Ultimo mit Deckung zu versehen. Diefem Umfange verdanken die Aktien, besonders die abgekempten, die vorzugsweise im Laufe des Monats gefirt wurden, eine Courserhöhung. Aus gleichem Grunde verkehrten auch darmstädter Zettelbankaktien lebhafter, es wurde indeß nur vorübergehend 1/2 mehr als gestern bewilligt, zuletzt waren sie noch 1/2 billiger als gestern zu haben. Disconto-Kommandittheile waren nicht eben geschäftlos und blieb meist der Preis von 115/2, zu dem sie gestern am Schluß begehrt waren, zu bedingen; nur vorübergehend drückte sich dieser Cours um 1/2. Berliner Bankverein wurde heute zum Paricours offerirt, der jedoch nicht bewilligt wurde, wie denn auch Abgeber unter demselben sich selten fanden. Für Bankgesellschaft war höchstens der gestrige Schlusskurs, um 1/2 herabgesetzt, zu erlangen. Preuss. Bankantheile waren nur zu einem 1/2 ermäßigten Course anzubringen. Deffere. Creditbank drückte sich um 1/2 unter den gestrigen Schluss-Cours. Saffner dagegen flogen um 1/2, allerdings nur ein sehr mäßiger Fortschritt Angesichts der Erwartungen, zu welchen die Nachricht von der erfolgten Eröffnung der Bank berechtigen würde, wenn nicht die Börse die Ansicht theilte, daß die oft angekündigte Eröffnung auch diesmal mit dem Beginne der Wirksamkeit der Bank nicht identisch sein werde. Wir bringen auch an dieser Stelle in Erinnerung, daß jaffner und deffere Depeschen heute nicht zum erstenmale „die Beseitigung aller Hindernisse“ melden. Qui vivra verra.

Von Eisenbahn-Aktien erwähnen wir zuvörderst der russischen Promessen, die theils als Scheingeschäft zwischen den hiesigen Interessenten der Unternehmung, theils in der Voraussehung eines späteren Eintretens der Course, zu 105 und 106 1/2 gehandelt wurden. Kleiner Verkehr war sonst wiederum vorherrschend in schlesischen Aktien, die jedoch nur stark rückwärts umgingen. So namentlich Kofeler, anfänglich 1/2, später 1/2 % niedriger, pr. April für noch 1/2 % billiger. Für Oberschlesische Litt. A. war selbst 1/2 % billiger kein Käufer zu finden; ebenso für Oberschles. Litt. B. zu 1/2 niedrigerem Preise; Litt. C. sanken um 1/2. Freiburger waren 1/2 billiger und die jüngsten 1 % niedriger angeboten. Doppel-Barnowiger drückten sich um 1/2 %. Von anderen Aktien waren vor allen Potsdamer stark rückgängig, anfänglich um 1/2, später um 2 1/2 %, und Anhalter um 1 %. Thüringer erlangten anfänglich den gestr. Cours, später aber wurden auch sie durch Offerten um 1 % herabgedrückt. Franzosen 1/2 % billiger im Verkehr. Für Köln-Mind. bewilligte man anfänglich 1/2 mehr, zuletzt wurde selbst der gestr. Cours noch um 1/2 gedrückt. Auch Mecklenburger gingen um 1/2 zurück. Eine Besserung erfuhre keine einzige Aktie; allem. Berlin-Hamburger waren zu nennen, deren Cours sich um 1/2—1/2 % steigerte. Stargard-Pofener überflogen ihren niedrigsten gestrigen Cours um 1/2, blieben aber 1/2 % unter dem höchsten gestrigen Course.

Preussische Fonds wurden heute fast ohne Ausnahme rückgängig gehandelt. — Von den ausländischen Fonds erlitten die österr. weitere Courserhöhungen. (Bank- u. HdL-Z.)

**Industrie-Aktien-Bericht.** Berlin, 24. März 1857. Feuer-Vericherungen: Aachen-Münchener 1470 Gl. (incl. Div.) Berlinische 450 Gl. (ercl. Div.) Borussia — Colonia 1050 Gl. (incl. Div.) Elberfelder 250 Gl. (ercl. Div.) Magdeburger 400 Gl. (ercl. Div.) Stettiner National- 122 Br. (incl. Div.) Schleifische 104 1/2 Br. (ercl. Div.) Leipziger incl. Div. 590 Br. Rückversicher.-Aktien: Aachener incl. Div. 420 Br. bez. u. Gl. Kölnische 104 1/2 Br. (ercl. Div.) Allg. Eisenz. u. Lebensvers. 100 Br. (ercl. Div.) Hagel-Vericherungs-Aktien: Berliner — (ercl. Div.) Kölnische 100 Gl. (ercl. Div.) Magdeburger 52 Gl. (ercl. Div.) Geres 20 Br. (ercl. Div.) Fluss-Vericherungen: Berlinische Land- u. Wasser- 300 Gl. (ercl. Div.) Agrippina 127 1/2 Gl. (incl. Dividende.) Niederheinische zu Wesel ercl. Div. Lebens-Vericherungen-Aktien: Berlinische 450 Gl. (incl. Div.) Concordia (in Köln) 118 Br. (incl. Div.) Magdeburger 100 Br. (incl. Div.) Dampfschiffahrts-Aktien: Ruhrorter 114 Br. (incl. Div.) Mühlh. Dampf-Schlepp — Bergwerks-Aktien: Minerva 99 1/2 Br. (ercl. Div.) Förder-Eisen-Berein 129 1/2 Br. Eschweiler (Concordia) i. u. 11. 105 Br. (incl. Div.) Gas-Aktien: Continental- (Dessau) 104 1/2 Gl. Die Börse war heute außerordentlich geschäftlos und die Course im Allgemeinen eher noch matter als gestern. Berlinische Feuer-Vericherungen-Aktien erhielten sich a 450 Thlr. pr. St. begehrt. Aktien der Gesellschaft Vorwärts und Neuhörde waren a 20 % am Markt, mehr als 15 % wäre jedoch nicht zu bedingen gewesen. E-fische Aktien für Eisenbahn-Bedarf sind al pari umgesetzt worden.

Fonds- und Geld-Course.			Ausländische Fonds.		
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	99 1/2 bz.	Oesterr. Metall.	5	81 1/2 bz. u. B.
Staats-Anl. von 50/52	4 1/2	99 1/2 bz.	dito 54er Pr.-Anl.	4	107 1/2 etw. bz.
dito 1853	4	95 1/2 bz.	dito Nat.-Anleihe	5	83 1/2 a 1/2 bz. u. G.
dito 1854	4 1/2	99 1/2 bz.	Russ.-Engl. Anleihe	5	106 B.
dito 1855	4 1/2	99 1/2 bz.	dito St. Anleihe	5	100 1/2 bz.
dito 1856	4 1/2	99 1/2 bz.	dito poln. Sch.-Obl.	4	83 bz.
Staats-Schuld.-Sch.	3 1/2	84 1/2 bz.	Poln. Pfandbriefe	4	—
Schuld.-Präm.-Sch.	3 1/2	84 1/2 bz.	dito III. Em.	4	91 1/2 etw. bz.
Präm.-Anl. von 1855	3 1/2	84 1/2 bz.	Poln. Oblig. a 500 Fl.	4	86 1/2 G.
Berliner Stadt-Oblig.	3 1/2	86 1/2 B.	dito a 300 Fl.	4	94 1/2 G.
Kur- u. Neumark.	3 1/2	87 B.	dito a 200 Fl.	4	22 1/2 G.
Pommersche	3 1/2	87 B.	Kurhess. 40 Thlr.	4	41 G.
Posenische	4	98 1/2 B.	Baden 35 Fl.	4	28 1/2 G.
Schlesische	4	98 1/2 B.	Aktion-Course.		
Kur- u. Neumark.	4	92 1/2 B.	Aachen-Düsseldorfer	3 1/2	84 bz.
Pommersche	4	92 1/2 B.	Aachen-Münchener	4	61 1/2 bz.
Posenische	4	91 1/2 B.	Amsterdam-Rotterd.	4	—
Schlesische	4	91 1/2 B.	Bergisch-Märkische	4	90 bz.
Westf. u. Rhein.	4	93 1/2 bz.	dito Prior.	5	102 1/2 B.
Sächsische	4	93 1/2 bz.	dito II. Em.	5	102 1/2 B.
Schlesische	4	92 1/2 G.	Berlin-Anhalter	4	148 1/2 bz.
Friedrichsdor.	—	113 1/2 G.	dito Prior.	4	—
Louisdor	—	110 1/2 bz.	Berlin-Hamburger	4	112 1/2 bz.
			dito Prior.	4 1/2	101 1/2 bz.
			dito II. Em.	4 1/2	100 1/2 G.
			Berlin-Potsd.-Mgdb.	4	143 a 142 1/2 bz.
			dito Prior.	4	91 1/2 B.
			dito Lit. C.	4 1/2	98 1/2 bz.
			dito Lit. D.	4 1/2	98 1/2 bz.
			Berlin-Stettiner	4 1/2	138 1/2 bz.
			dito Prior.	4 1/2	90 1/2 G.
			Breslau-Freiburger	4	132 1/2 bz.
			dito neueste	4	—
			Köln-Mindener	3 1/2	153 a 152 1/2 bz.
			dito Prior.	4	99 1/2 B.
			dito II. Em.	5	103 G.
			dito III. Em.	4	90 bz.
			dito IV. Em.	4	89 1/2 B.
			Düsseldorf-Elberfelder	4	—
			Franz. St.-Kienbahn	5	161 bz. u. G.
			dito Prior.	3	280 B.
			Ludwigsh.-Bexbacher	4	147 1/2 bz.
			Magdeb.-Halberst.	4	204 bz.
			Magdeb.-Wittenberge	4	48 1/2 B.
			Hann.-Ludwigsh.	4	101 1/2 B.
			dito	5	100 B.
			Mecklenburger	4	57 1/2 bz.
			Münster-Hammer	4	92 1/2 G.
			Neustadt-Weissenb.	4 1/2	—

**Berlin, 24. März.** Weizen loco 48—53 Thlr. — Roggen loco 42 1/2 bis 43 Thlr., 56 1/2 pfd. 42 1/2 Thlr. pr. 82 pfd. bezahlt, März und März-April und Frühjahr 42 1/2—42 3/4 Thlr. bezahlt und Gld., 42 1/2 Thlr. Brief, Juni-Juli 43—43 1/2 Thlr. bezahlt, 43 1/2 Thlr. Brief, 43 Thlr. Gld., Juni-Juli 43 1/2—43 3/4 Thlr. bezahlt und Brief, 43 1/2 Thlr. Gld. — Rüböl loco 17 1/2 Thlr. bezahlt, März und März-April 17 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 17 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 17 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 17 1/2 Thlr. Brief, September-Oktober 15 1/2 Thlr. bezahlt, Brief und Gld. — Spiritus loco ohne Faß 29 1/2—30 Thlr., März und März-April 30—30 1/2 Thlr. bezahlt, 30 1/2 Thlr. Brief, 30 Thlr. Gld., April-Mai 29 1/2—30 1/2 Thlr. bezahlt und Brief, 30 Thlr. Gld., Mai-Juni 30 1/2—30 1/2 Thlr. bezahlt, 30 1/2 Thlr. Brief, 30 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 30 1/2—30 1/2 Thlr. bezahlt, Brief und Gld., Juli-August 30 1/2—30 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 31 Thlr. Brief.

Weizen fill. Roggen loco in guter Frage, Termine bei kleinem Geschäft unverändert. Rüböl fest und theilweise etwas höher; getündigt 100 Centner. Spiritus in animirter Stimmung zu ferner steigenden Preisen gehandelt; gef. 40,000 Quart.

**Stettin, 24. März.** [Bericht von Großmann und Beeg.] Weizen etwas fester, loco gelber 90 pfd. 74 Thlr., 88 1/2 pfd. 70 1/2 Thlr., 88 pfd. 70 Thlr. und 87 pfd. 66 Thlr. pr. 90 pfd. bezahlt, feiner gelber in dieser Woche zu liefern 75 Thlr. pr. 90 pfd. bezahlt, auf Lieferung pr. Frühjahr 80,90 pfd. gelber schleisscher 76 Thlr. Brief, desgleichen 88 80 pfd. gelber 71 Thlr. Gld., pr. Juni-Juli 88,80 pfd. gelber 72 1/2 Thlr. bezahlt und Gld. — Roggen anfangs matt, schließt etwas fester, loco nach Qualität 41—41 1/2 Thlr. pr. 82 pfd. bezahlt, kurze Lieferung pr. 82 pfd. 41 1/2 Thlr. bezahlt, auf Lieferung 82 pfd. pr. Frühjahr 41 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., pr. Mai-Juni 42 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., pr. Juni-Juli 43 1/2—43 3/4 Thlr. bezahlt und Brief, pr. Juli-August 43 1/2 Thlr. bezahlt, pr. September-Oktober 41 1/2 Thlr. Brief. — Gerste fill, loco pommersche nach Qualität 38—40 Thlr., märkische 40—41 1/2 Thlr. und schleissche 42 1/2—43 Thlr. pr. 75 pfd. bezahlt, auf Lieferung pr. Frühjahr 74,75 pfd. pommersche 41 Thlr. Brief, desgleichen schleissche 42 1/2 Thlr. Brief, 42 Thlr. Gld. — Hafer loco pr. 52 pfd. 22 1/2—22 1/2 Thlr. bezahlt, pr. Frühjahr 50,52 pfd. gefertigt 22 1/2 Thlr. Brief. — Erbsen loco kleine Koch- 33—45 Thlr., Futtererbsen 34—36 Thlr. bezahlt. — Rüböl matter, loco 16 1/2 Thlr. bez. und Gld., 16 1/2 Thlr. Brief, pr. April-Mai 16 1/2 Thlr. Brief, 16 1/2 Thlr. Gld., pr. September 15 1/2 Thlr. bezahlt, pr. September-Oktober 15 1/2 Thlr. Brief, 15 1/2 Thlr. Gld. — Reinöl loco ohne Faß 15 1/2 Thlr. bezahlt, pr. Mai-Juni ohne Faß 14 1/2 Thlr. bezahlt. — Spiritus lebhafter Umlauf zu steigenden Preisen, loco ohne Faß 12 1/2 % bezahlt, mit Faß ohne Anmelung 12 1/2 % bezahlt, pr. März 12 1/2—12 1/2 % bezahlt, pr. Frühjahr 12 1/2 bis 12 1/2—12 1/2 % bezahlt und Brief, pr. Mai-Juni 12 1/2—12 1/2 % bezahlt und Brief, pr. Juni-Juli 12 1/2—11 1/2 % bezahlt und Brief, pr. Juli-August 11 1/2 % bezahlt und Gld., 11 1/2 % Brief, pr. September-Oktober 12 1/2 % bezahlt, pr. Oktober-November 13 1/2 % bezahlt.

Heutiger Landmarkt. Zufuhr: 5 B. Weizen, 20 B. Roggen, 8 B. Gerste, 13 B. Hafer und 3 B. Erbsen.

Bezahlt wurde Weizen mit 42—68 Thlr., Roggen mit 38—42 Thlr., Gerste mit 36—40 Thlr., Erbsen mit 34—43 Thlr. pr. 25 Scheffel und Hafer mit 21—24 Thlr. pr. 26 Scheffel.

**London, 23. März.** Englischer Weizen wurde heute 1 % billiger verkauft, in fremdem Weizen wurden nur Detail-Geschäfte gemacht. Gerste und Hafer sind ebenfalls 1 % in Preisen gemindert. Erbsen und Bohnen stille und unverändert. Amerikanisches Weizen 1 % niedriger.

**Amsterdam, 23. März.** Weizen unverändert und wenig Geschäft; Roggen Archangel 3 Fl. höher; fremde Gerste etwas höher; Hafer geschäftslos; Raps pro April 91, pro Herbst 78 1/2; Rüböl pro Mai 50 1/2, pro Herbst 46 1/2.

**Breslau, 25. März.** [Produktenmarkt.] Markt unverändert matt bei kleiner Zufuhr, schwache Kaufkraft. — Delfaaten nichts offerirt und meißttheils begehrt. — Kleesaaten bei besserer Kaufkraft in fester Haltung. — Spiritus höher, loco 12 1/2 Thlr. Gld., gelber 88—85—82—78 Sgr. Weizen, weißer 90—86—84—80 Sgr., gelber 88—85—82—78 Sgr. — Brenner-Weizen 72—68—66—60 Sgr. — Hafer 29—23—27—26 Sgr. — Erbsen 50—48—46—44 Sgr. — Wintererbsen 137—135—130—128 Sgr., Sommererbsen 115—113—110—108 Sgr. nach Qualität. — Kleesaat, rothe, 23 1/2—22 1/2—21 1/2—20 1/2 Thlr., weiße 18—16 1/2 bis 15 1/2—14 1/2 Thlr. nach Qualität. — Thymothee 9 1/2—9—8 1/2—8 1/2 Thlr.